

Aachen, den 25. September 2019

## **PRESSEMITTEILUNG    Linksfraktion: Städteregion soll Forderung nach kommunalem Altschuldenfonds unterstützen!**

Die Städteregion Aachen soll sich gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen deutlich für die Einrichtung eines kommunalen Altschuldenfonds einsetzen. So eine Resolution, die die Fraktion DIE LINKE zur nächsten Sitzung des Städteregionstags am 10. Oktober als Antrag eingebracht hat. „Es liegen bereits mehrere ausgearbeitete Konzepte für einen Altschuldenfonds vor“, so Fraktionsvorsitzender Uwe F. Löhr. Zuletzt habe die rot-grün-rote Koalition des Landes Bremen ihre Forderung danach in die Öffentlichkeit getragen. „Diese Initiative ist nicht parteipolitisch motiviert“, fügt Löhr hinzu. „In Bremen wurde diese Forderung ursprünglich von der CDU eingebracht und sogar von der FDP unterstützt. Es geht wirklich um ein Anliegen, das alle angeht“. Man begrüße, dass Anfang der Woche Ministerpräsident Laschet für NRW ein Programm zur Altschulden-Entlastung in Aussicht gestellt habe. Aber anstelle wie Laschet abwartend auf den Bund zu verweisen, müsse NRW als stark betroffenes Land selbst initiativ werden und versuchen, möglichst gute Konditionen für die Kommunen zu verhandeln.

Zuletzt habe der Bericht der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ die Problematik kommunaler Altschulden bekräftigt, bemerkt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Marika Jungblut. Vor allem seien Kommunen in Ländern betroffen, die stark unter dem wirtschaftlichen Strukturwandel leiden wie im Saarland, in Rheinland-Pfalz, Hessen oder eben in NRW. „Es handelt sich meistens um Überschuldung an Kassenkrediten, eine Art ‚Dispo‘ der Kommunen“, erklärt der finanzpolitische Sprecher Harald Siepmann. Diese seien eigentlich dazu gedacht, kurzfristige Liquiditätsschwierigkeiten zu überbrücken, aber mit der Zeit vom Notbehelf immer mehr zum dauerhaften Lückenfüller geworden. „Die Kommunen sind gemessen an ihren Aufgaben vor allem im sozialen Bereich und den künftigen politischen Herausforderungen nicht ausfinanziert“, kritisiert die sozialpolitische Sprecherin Helga Ebel.

Aus Sicht der Linksfraktion ist ein Altschuldenfonds gerade jetzt sogar doppelt geboten. Einerseits sei die Lage dafür ausgesprochen günstig. „Die aktuelle Niedrigzinsphase darf nicht ‚verschenkt‘ werden, sondern man muss sie nutzen, um die Kommunen merklich zu entlasten“, betont Harald Siepmann. Andererseits sei der damit gewonnene Spielraum für die Kommunen auch dringend nötig. „Wenn wir die Bereiche Wohnen, Nahverkehr und Energieversorgung klimagerecht und sozialverträglich umbauen wollen, benötigen wir dazu deutlich mehr öffentliche Investitionen, in die in Deutschland traditionell von den Kommunen getätigt werden“, unterstreicht der Fraktionsvorsitzende Löhr. Es ginge um eine wichtige Zukunftsaufgabe. „Laut dem Kommissionsbericht ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘ gehören die Kommunen in der Städteregion mit durchschnittlich über 1.500 Euro pro Einwohner zu den Regionen mit hohem Schuldenstand. Es liegt also in unserem ureigenen Interesse, dass Land und Bund sich hier engagieren. Deswegen hoffen wir auf breite Zustimmung zu unserem Antrag“.